

# **Antrag**

**der Fraktion der KPD**

**betr. Wohnraum des sozialen Wohnungsbaues.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, den Länderregierungen zu empfehlen, bei der Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues darauf zu achten, daß mindestens 70% des mit diesen Mitteln erstellten Wohnraums zur freien Verfügung der örtlichen Wohnungsämter stehen. Für diese 70 % Wohnraum dürfen weder Baukostenzuschüsse noch Mietvorauszahlungen gefordert oder angenommen werden.

Bonn, den 2. November 1950

**Kohl (Stuttgart) und Fraktion**